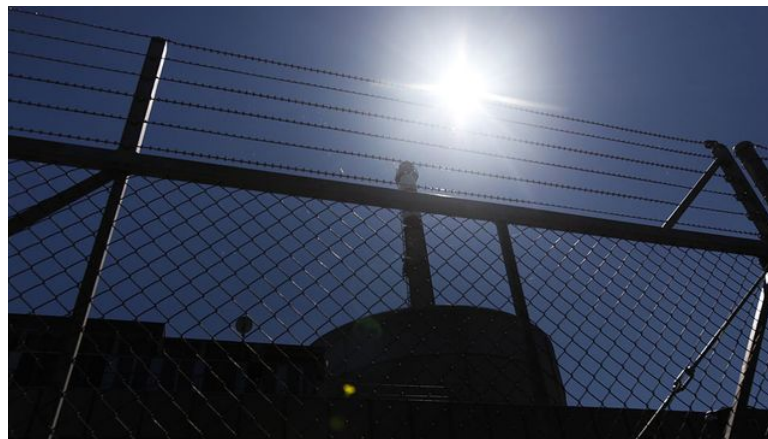


Gestern, 4. April 2014, 20:36

FDP-Vorschläge zur Energiewende

Ideen für Lenkungsabgaben mischen bürgerliche Energiepolitik auf

Davide Scruzzi, Bern Gestern, 4. April 2014, 20:36



Das neue Modell der FDP zum Atomausstieg unterscheidet sich noch stark von den grünliberalen Forderungen zur Energiesteuer-Initiative. (Bild: Reuters)

Die freisinnige Version für eine energetische Lenkung über den Preis statt über Subventionen liegt nun vor. Die Vorschläge muten – auf den ersten Blick – schlank an. Sie haben aber schon viele Gegner.

Lange sind die Freisinnigen nach dem Fukushima-Unglück in einer schwer fassbaren energiepolitischen Oppositionsrolle verharnt. Nun konkretisieren sie ihre Vorstellung von Lenkungsabgaben und eröffnen damit Möglichkeiten neuer parlamentarischer Allianzen. Den von Bundesrätin Doris Leuthard vorgeschlagenen Mix aus verschiedenen Subventionen wollen die Freisinnigen rascher durch eine Lenkung über die Energiepreise ersetzen. Die FDP will dazu früher als der Bundesrat die bestehende CO₂-Abgabe ins Zentrum der Energiewende rücken, wie die Partei am Freitag an einer Medienorientierung in Bern bekanntgegeben hat.

Entlastung für Hausbesitzer

Die Teilzweckbindung der bestehenden CO₂-Abgabe soll aufgehoben werden; die aus dieser finanzierten Subventionen für Gebäudesanierungen würden entfallen. Die Einnahmen aus der Abgabe würden stattdessen der Bevölkerung und der Wirtschaft ganz zurückerstattet. – Der durch die Abgabe verursachte Aufschlag auf fossile Energieträger soll dabei zwei Wirkungen entfalten. Zum einen führt die künstliche Verteuerung per se zu mehr Energieeffizienz (Lenkung via Preis). Vor allem soll aber die Abgabe – als weiterer Anreiz – jenen Firmen und neu auch Hauseigentümern erlassen werden, die Investitionen in die Effizienz tätigen. Die FDP setzt mit diesem Erlass der CO₂-Abgabe bei der Einhaltung von Zielvereinbarungen auf ein bewährtes Mittel, das heute durch die Energieagentur der Wirtschaft (Enaw) abgewickelt wird, derzeit allerdings nur für Firmen.

Bei der Enaw selbst hält man eine Ausweitung auf Gebäudesanierungen für sinnvoll und machbar, wenn es sich um grössere private Immobilienbesitzer handelt, bis hin zu Genossenschaften. Mit Blick auf Einfamilienhäuser sei aber der Aufwand eines solchen Erlasses der CO₂-Abgabe im Verhältnis zum Nutzen vermutlich zu hoch, sagt Enaw-Direktor Armin Eberle. Nationalrat Christian Wasserfallen (fdp., Bern) sieht in Gebäude-Zertifikaten (Geak) ein Mittel zur Identifikation von möglichen Nutznießern der Befreiung.

Mit diesem Zusammenspiel von Preislenkung und Anreizen zu Zielvereinbarungen sind wohl moderatere Abgabesätze denkbar als vom Bund vorgeschlagen (siehe Zusatztext). Ob aber das Ziel von Wasserfallen realistisch ist, die Abgabe bei 60 Franken pro Tonne zu belassen, ist fragwürdig. In der von der FDP vorgeschlagenen Verfassungsänderung ist kein verbindlicher Wert zur Lenkungsabgabe vorgegeben.

Eine Besonderheit des FDP-Vorschlags ist die Abschaffung des Ökostrom-Fördersystems kostendeckende Einspeisevergütung (KEV), das derzeit über eine Konsumentenabgabe finanziert wird. Zu Recht wies Wasserfallen darauf hin, dass solche Systeme europaweit den Strommarkt verzerren und so bewährte Energiequellen wie die Wasserkraft gefährden. Die Freisinnigen haben ihrerseits in der nationalrätlichen Energiekommission die Prüfung von staatlichen Unterstützungen für die Grosswasserkraft durchgesetzt, mit Anpassungen bei den Wasserzinsen. Auch verlangt die FDP eine CO₂-Abgabe auf Importstrom.

Die Idee einer solchen Abgabe auf ökologisch heiklen Importstrom ist das Einzige des FDP-Pakets, das links von der Mitte, etwa bei Eric Nussbaumer (sp., Baselland), Anklang findet. «Die FDP skizziert eine nebulöse Strategie und schafft Verunsicherung», sagt Nussbaumer. Grüne Kreise stört, dass die Treibstoffe laut der FDP weiterhin von der CO₂-Abgabe ausgenommen sein sollen. FDP-Präsident Philipp Müller verteidigt dies mit dem Umstand, dass Benzin ohnehin bereits jetzt durch verschiedene Steuern künstlich verteuert sei und die Effizienzziele der EU im Automobilbereich Lenkungen obsolet machten. Kritik kommt auch von der CVP. Stefan Müller-Altermatt (cvp., Solothurn) bezweifelt, dass die von der FDP tief angesetzte CO₂-Abgabe wirkungsvoll sein könne. Das Thema Lenkungsabgabe sei denn erst später aufzugreifen, im Moment lohne sich die Fokussierung auf den bundesrätlichen Massnahmenmix, der zwar Subventionen vorsehe, diese aber näher an den Markt bringen möchte. Müller-Altermatt befürchtet, dass die Vorlage überladen wird, sollte die Lenkungsabgabe bereits jetzt in eine Volksabstimmung integriert werden – wobei genau das auch freisinniges Kalkül sein könne, sagt Müller-Altermatt.

Während die CVP mit Rot-Grün am Fahrplan von Bundesrätin Doris Leuthard festhält, ist aber sonst Bewegung erkennbar. Bei der SVP stossen die freisinnigen Ideen auf offene Ohren. Auch die BDP hält die FDP-Vorschläge für «diskussionswürdig», wie es Nationalrat Hansjörg Hassler erklärt, zumal diese in die Richtung der Arbeiten von BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf gehen. Dass die nationalrätliche Energiekommission darüber reflektiert, den CO₂-Teil des Energiepakets von den Strom-Aspekten zu trennen, deutet ebenfalls auf bürgerliche Dynamik hin.

Rückzug der GLP-Initiative?

Der grünliberale Präsident Martin Bäumle bezeichnet die FDP-Vorschläge noch als Farce. Seine Partei hat mit der Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ein eigenes Modell entwickelt. Die Bedeutung der Mehrwertsteuer für den Bundeshaushalt ist aber, wie die laufende Debatte zeigt, vielen zu wichtig, als dass man diese mit dem volatilen Verbrauch fossiler Energien verbinden will.

Bei einem griffigen Gegenvorschlag will die GLP ihre Vorlage zurückziehen. Am Freitag wurde dazu von der FDP ein Ja zu einer Abgabe auf Atomstrom und auf Treibstoff gefordert. Für FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen ist indes eine Abgabe auf Atomstrom falsch, weil dieser ja klimafreundlich sei.

Bund mit höheren Werten

Der Wechsel vom Förder- zum Lenkungssystem ist vom Bundesrat erwogen worden, aber erst für die Zeit nach 2020. Zwei Varianten wurden vom Finanzdepartement kalkuliert. Bei einer fortbestehenden Teilzweckbindung für Förderungen ergäbe sich eine Abgabe von bis zu 150 Franken pro Tonne CO₂. Bei einer reinen Lenkungsabgabe (mit vollständiger Rückerstattung) müsste der Wert laut dem Bund 210 Franken pro Tonne betragen (55 Rappen pro Liter Heizöl) und auch Treibstoffe umfassen, um genug zu wirken.

MEHR ZUM THEMA

Atomausstieg über den Preis Bürgerliche Attacke gegen Erhöhung der CO₂-Abgabe

18. Dezember 2013, 01:00

Umstrittener AKW-Ausstieg Widerstand gegen Leuthards Energiepaket

28. November 2013, 01:00

Energiewende Liberaler Aufholjagd

18. Dezember 2013, 01:00

Energiepolitik Die FDP will eine «echte CO₂- Lenkungsabgabe»

4. April 2014, 12:02

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTESPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.